

Hernals für Gleichstellung

Die Fraktionen der Bezirksparteien SPÖ und GRÜNE stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung am 26. Februar 2025 gemäß § 104 WStV folgende

RESOLUTION

Resolutionstext:

Die Bezirksvertretung Hernals befürwortet effektive Maßnahmen, um endlich eine tatsächliche Gleichstellung zwischen den Geschlechtern zu erreichen.

Begründung:

Laut Statistik Austria hat jede dritte Frau zwischen 18 und 74 Jahren mindestens einmal körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt. Gewalt gegen Frauen manifestiert sich in vielfältigen Formen, beginnend bei verbalen Beleidigungen und Abwertungen, über psychische und ökonomische Kontrolle, bis hin zu körperlicher Gewalt und Mord. Statistiken zeigen, dass Frauen am häufigsten innerhalb der Familie oder durch Personen aus ihrem sozialen Nahfeld Gewalt erfahren. Die Bewältigung und der Ausstieg aus gewaltbelasteten Beziehungen erfordert oft immense Kraft und scheitert nicht selten an Faktoren wie Einschüchterung, familiären Zwängen oder finanziellen Abhängigkeiten. Daher ist es zentral, niederschwellige Unterstützungsangebote bereitzustellen, darunter Frauenberatungsstellen, Schutzunterkünfte und speziell geschulte Einsatzkräfte bei Polizei und Behörden.

Nicht jeder Frauenmord ist mit Gewaltschutzmaßnahmen zu verhindern und doch braucht es hier noch weitere Bemühungen. Gewalt gegen Frauen ist ein

strukturelles und gesamtgesellschaftliches Problem und muss auch so bekämpft werden!

Dass abseits der Betroffenheit von Gewalt die Gleichstellung von Männern und Frauen noch immer nicht überall Realität ist, zeigen Statistiken und Studien regelmäßig auf. Im Jahr 2022 verdienten Frauen in Österreich durchschnittlich 18,4% weniger pro Stunde als Männer, was deutlich über dem EU-Durchschnitt von 12,7% liegt. Diese Einkommensdifferenz trägt dazu bei, dass Frauen auch im Alter finanziell schlechter gestellt sind: ihre Pensionen sind durchschnittlich um 41,1% niedriger als die der Männer.

Ein weiterer Aspekt der Ungleichheit zeigt sich in der Teilzeitbeschäftigung: Im Jahr 2023 arbeiteten 50,6% der Frauen in Österreich in Teilzeit, während dieser Anteil bei Männern nur 13,4% betrug. Diese ungleiche Verteilung kann langfristig negative Auswirkungen auf die Karriereplanung und die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen haben.

Eines steht jedenfalls fest: Es bleibt noch viel zu tun!

Als Willenskundgebung soll diese Resolution in geeigneter Form an die Bevölkerung kundgemacht werden. Die

KUNDMACHUNG

soll durch Aushang in der gassenseitigen Amtsvitrine des Magistratischen Bezirksamtes 17 binnen 3 Werktagen auf die Dauer von ca. 30 Kalendertagen erfolgen.
